



N e u d r u c k

Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

14. Sitzung (öffentlich)

6. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Sonja Bongers (SPD)

Ergebnisprotokoll: Eva M. Kiwitt

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 17/3300

Drucksache 17/4100 (Ergänzung)

Sowie:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2019)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 17/3303

Sowie:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 17/3400

Drucksache 17/4099 (Ergänzung)

Auswertung der Anhörung vom 9. Oktober 2018

Ausschussprotokoll 17/404

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die beiden Ergänzungen (Drucksache 17/4100 und Drucksache 17/4099) am 31.10.2018 zugegangen seien und sie dem parlamentarischen Beratungsverfahren unmittelbar zufließen.

Danach erfolgt die Auswertung der Anhörung zum Personalhaushalt vom 09.10.2018 durch die Fraktionen.

Im Rahmen der Aussprache nimmt **Johannes Remmel Grüne** unter anderem Bezug auf das mündliche Statement der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Es werde ausgeführt, dass bis zum Ende des Jahres 2017 viele Finanzanwärtinnen und Finanzanwärter bzw. eingestellte Personen die Finanzverwaltung verlassen haben.

LMRin Beate Schwensfeier (FM) führt aus, dass das Ministerium der Finanzen derzeit untersuche, woran es liege, dass die Anwärtinnen die Finanzverwaltung bereits im ersten Ausbildungsjahr verlassen bzw. sich doch anderweitig orientieren. Wenn entsprechende Erkenntnisse vorliegen, werde das Ministerium der Finanzen gemäß **Stefan Zimkeit SPD** gebeten, eine Vorlage an den Unterausschuss zuzuleiten

Herbert Strotebeck AfD greift das Thema der Zulage für die Bereitschaftspolizei auf. Er bitte um Erläuterung, ob es diesbezüglich eine Entwicklung gäbe.

MR Dirk Gaschemann (IM) sagt zu, über den Stand der Zulagenthematik schriftlich zu berichten

Am Schluss der Aussprache verweist die **Vorsitzende** auf die Schlussberatung und Abstimmung sowie der Abgabe der Voten über den Personalhaushalt 2019, das Haushaltsbegleitgesetz 2019 sowie das Nachtragshaushaltsgesetz 2018 (Personalhaushalt) in der kommenden Sitzung. Sie bitte, die möglichen Änderungsanträge zum Personaletat bis zum 16.11.2018 einzureichen.

2 **Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrerbesoldungsgleichstellungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3812

Das Plenum hat am 10.10.2018 den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD nach erster Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Stefan Zimkeit SPD kündigt an, eine Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss beantragen zu wollen. Der Unterausschuss werde sich nachrichtlich an der Anhörung beteiligen.

3 **Stellenbesetzung bei den Bezirksregierungen**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 171217 (Neudruck)

Auf Anregung von **Johannes Remmel Grüne** wird der Tagesordnungspunkt vertagt und in der nächsten Sitzung zur Beratung aufgerufen.

4 **Stellenbesetzung sowie befristete Beschäftigungsverhältnisse in den Universitätskliniken zum 01.10.2018**

Vorlage 17/1262

Stefan Zimkeit SPD merkt an, dass eine hohe Zahl der Befristung ohne Sachgrund auffällig sei.

Johannes Remmel Grüne merkt an, dass die Darstellung in anonymisierter Form erfolgt sei, mit dem Hinweis darauf, dass die Uni-Kliniken Anstalten des öffentlichen Rechts seien und somit keine Publikationspflicht bestehe.

Er bitte um Prüfung, ob das Ministerium die Darstellung in nicht anonymisierter Form vorlegen könne. Ggf. anhand eines Berichts in Form einer vertraulichen Vorlage.

5 Bericht zu den Auszubildenden in den Landesbetrieben in 2017

Vorlage 17/1261

Stefan Zimkeit SPD merkt an, dass die Vorgehensweise bei den Landesbetrieben, wie in den Ministerien, sehr unterschiedlich sei. Er bittet um Auskunft, ob die Landesregierung beabsichtige, die Vorgehensweise zu vereinheitlichen oder man es bei diesem unterschiedlichen Vorgehen belassen wolle. Ein Bericht dazu wird erbeten.

Herbert Strotebeck AfD nimmt Bezug auf den Landesbetrieb Wald und Holz NRW und stellt fest, dass dort erheblich über Bedarf ausgebildet werde, was sehr lobenswert sei, damit die Unternehmen bedient werden können, die den Ausbildungsanforderungen nicht genügen. Er fragt, ob es Zahlen und Angaben darüber gebe, wie viele ausgebildete Menschen in diesen Betrieben tatsächlich übernommen werden.

MRin Katrin Hölting-Bormann (MULNV) sagt zu, eine entsprechende Abfrage durchzuführen.

6 Verschiedenes

Die **Vorsitzende** weist auf die nächste Sitzung am 20. November 2018 hin.

gez. Sonja Bongers
(Vorsitzende)

06.11.2018/15.11.2018

17